

Kyiv bietet ukrainischen Kollaborateuren im Austausch für Bürger in Russland an

Kyiv versucht verzweifelt, illegal in Russland festgehaltene Zivilisten zurückzuholen, indem es ukrainische Kollaborateure freigibt. Menschenrechtsgruppen äußern Bedenken über diese fragwürdige Tauschaktion.



CNN – Im vergangenen Monat hat die Ukraine Dutzende ihrer eigenen Bürger nach Russland geschickt, um sie aus Gefängnissen zu entlassen und im Gegenzug die Freilassung von zahlreichen unrechtmäßig in russischen Gefängnissen festgehaltenen ukrainischen Zivilisten zu sichern. Dieser Schritt wird von Menschenrechtsaktivisten als verzweifelt und besorgniserregend beschrieben.

Details zur Gefangenenfreilassung

Nach Angaben der ukrainischen Regierung wurden im Rahmen

des **1.000 für 1.000 Gefangenenaustauschs** zwischen Kiew und Moskau 70 ukrainische Zivilisten, die aufgrund von Kollaboration mit Russland verurteilt wurden, freigelassen. Die ukrainische Regierung erklärte, dass alle diese Menschen freiwillig ins Exil gingen, im Rahmen eines staatlichen Programms, das es verurteilten Kollaborateuren ermöglicht, in Russland zu leben.

Kritik am Vorgehen

Allerdings äußern Menschenrechtsgruppen und internationale Juristen Bedenken bezüglich dieses Programms. Sie argumentieren, dass es problematisch ist, den früheren Aussagen der ukrainischen Regierung widerspricht und möglicherweise mehr Menschen in Gefahr bringt, von russischen Truppen entführt zu werden. Onysia Syniuk, eine juristische Analystin der ukrainischen Menschenrechtsgruppe Zmina, sagte: „Ich verstehe den Wunsch vollkommen; wir wollen alle, dass die Menschen in Russland so schnell wie möglich freigelassen werden. Aber die angebotene Lösung ist definitiv nicht die richtige.“

Programm „Ich will zu meinem eigenen“

Das Programm „Ich will zu meinem eigenen“ wurde im letzten Jahr von der Koordinationszentrale der Ukraine für die Behandlung von Kriegsgefangenen, dem Verteidigungsministerium, dem Sicherheitsdienst und dem Parlamentarischen Menschenrechtsbeauftragten ins Leben gerufen. Eine Regierungswebsite zu diesem Programm zeigt Fotos und persönliche Daten von einigen der 300 ukrainischen Bürger, die sich für das Programm registriert haben. Die Profile von 31 dieser Personen tragen ein Bild eines Koffers mit den Worten „HAT VERLASSEN“ und einem Hinweis, dass sie „nach Russland gegangen sind, während gleichzeitig echte Ukrainer nach Hause zurückgekehrt sind.“

Die Lage der ukrainischen Zivilisten in Russland

Laut Kiew sind mindestens 16.000 ukrainische Zivilisten in Russland inhaftiert, wobei die tatsächliche Zahl wahrscheinlich viel höher ist. Rund 37.000 Ukrainer, darunter Zivilisten, Kinder und Mitglieder des Militärs, gelten offiziell als vermisst. Viele wurden in besetzten Gebieten festgenommen und monatelang oder sogar jahrelang ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert, bevor sie nach Russland deportiert wurden. Dazu gehören Aktivisten, Journalisten, Priester, Politiker und Gemeindeführer, ebenso wie Personen, die anscheinend willkürlich von russischen Truppen an Kontrollen und anderen Orten in der besetzten Ukraine entführt wurden.

Rechtliche Herausforderungen

Die Inhaftierung von Zivilisten durch eine besetzende Macht ist nach internationalem Konfliktrecht illegal, es sei denn, es liegt eine eng definierte Ausnahme vor und es gelten strenge Zeitlimits. Aufgrund dieser Situation gibt es keinen etablierten rechtlichen Rahmen für die Behandlung und den Austausch von zivilen Gefangenen, wie dies bei Kriegsgefangenen der Fall ist. Russland hat in einigen Fällen behauptet, dass die ukrainischen Zivilisten, die es festhält, Kriegsgefangene seien und als solche anerkannt werden sollten. Kiew zögert jedoch, dies zu tun, da es Zivilisten, die in besetzten Gebieten leben, dem Risiko aussetzen könnte, willkürlich von Russland festgenommen zu werden, während Moskau versucht, seine Auswahl für zukünftige Austauschhandlungen zu vergrößern.

Dringlichkeit und internationale Reaktionen

Der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Dmytro Lubinets erklärte gegenüber CNN, dass Kiew der Ansicht sei, Russland halte Ukrainer als Geiseln, um sie als Verhandlungsmasse zu nutzen. Die ukrainische Regierung hat ihre Verbündeten

mobilisiert, um Druck auf Russland auszuüben und versucht, Moskau dazu zu bewegen, die festgehaltenen Zivilisten über Drittstaaten freizulassen, ähnlich wie es bei der Rückführung einiger ukrainischer Kinder mit Hilfe von Katar, Südafrika und dem Vatikan geschah. Verschiedene internationale Organisationen, darunter die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), haben Moskau wiederholt aufgefordert, seine zivilen Häftlinge bedingungslos freizulassen. Russland ignorierte diese Appelle.

Ergebnisse des Gefangenenaustausches

Das Programm „Ich will zu meinem eigenen“ ist ein Versuch Kiews, einige der inhaftierten Zivilisten zurückzubekommen, ohne sie als Kriegsgefangene anerkennen zu müssen. Menschenrechtsgruppen fordern jedoch die ukrainische Regierung auf, weiterhin auf die bedingungslose Freilassung der Zivilisten zu drängen. Yulia Gorbunova, eine leitende Forscherin für Ukraine bei Human Rights Watch (HRW), erklärte: „Nach internationalem humanitären Recht ist es nicht möglich, über einen Austausch von Zivilisten zu sprechen. Alle zu Unrecht inhaftierten Zivilisten müssen bedingungslos freigelassen werden.“ Sie fügte hinzu, dass es in der Praxis jedoch viel schwieriger sei, da Russland nicht nach den Regeln spiele.

Dass die Initiative bisher nicht die gewünschten Ergebnisse für Kiew brachte, zeigt sich daran, dass die Koordinationszentrale für die Behandlung von Kriegsgefangenen nicht im Voraus wusste, wer zurückkehren würde. Laut einem Beamten der Zentrale handelte es sich unter den Rückkehrern um mindestens 60 ukrainische Zivilisten, die wegen krimineller Vergehen verurteilt worden waren, die nichts mit dem Krieg zu tun hatten. Russische Behörden hätten diese aus den besetzten Gebieten deportieren sollen, hielten sie jedoch unrechtmäßig in Haft und entließen sie nur im Rahmen des Gefangenenaustausches.

Politische Gefangene oder Kollaborateure?

Die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatyana Moskalkova bezeichnete die verurteilten ukrainischen Kollaborateure, die nach Russland geschickt wurden, als „politische Gefangene“, gab jedoch keine weiteren Details dazu an, wer sie waren oder was mit ihnen geschehen würde. Die Webseite „Ich will zu meinem eigenen“ bietet Details über einige der im Gefangenenaustausch nach Russland geschickten Personen, einschließlich der Vergehen, weshalb sie verurteilt wurden. Viele erhielten jahrelange Haftstrafen wegen Kollaboration mit Moskau.

Problematisches Kollaborationsgesetz

Menschenrechtsanwälte argumentieren, dass das ukrainische Kollaborationsgesetz, nach dem diese Personen verurteilt wurden, selbst problematisch ist. HRW hat in der Vergangenheit einen umfassenden Bericht veröffentlicht, der das Antikollaborationsgesetz kritisiert und als fehlerhaft bezeichnet. Gorbunova erklärte, die Gruppe habe fast 2.000 Urteile analysiert und festgestellt, dass es zwar echte Kollaborateure unter ihnen gebe, aber viele von ihnen „Menschen sind, die nach internationalem humanitären Recht nicht hätten strafrechtlich verfolgt werden dürfen.“

Sie führte an, dass es sich um Fälle handelt, in denen „wenig oder kein Schaden“ verursacht wurde, oder in denen es keine Absicht gab, die nationale Sicherheit zu gefährden. Einige dieser Fälle betreffen Personen, die in der öffentlichen Verwaltung in mittlerweile besetzten Gebieten tätig waren und einfach ihre Arbeit fortsetzten. „Hilfskräfte auf den Straßen, Menschen, die krank sind oder eine Behinderung haben, Verteilung von humanitärer Hilfe. Lehrer, Feuerwehrleute, kommunale Arbeiter, die Abfall einsammeln – solche Menschen könnten verurteilt werden, weil sie für die Besatzung als Kollaborateure arbeiten“, sagte sie.

Obwohl die Webseite der Initiative angibt, dass handgeschriebene Notizen von jedem der verurteilten

Kollaborateure auf ihre Absicht hinweisen, nach Russland zu gehen, äußern Menschenrechtsorganisationen Bedenken hinsichtlich der ethischen Fragwürdigkeit, mit der diese Menschen von ihrem Land abgeschrieben wurden. Syniuk erklärte gegenüber CNN: „Diese Menschen sind immer noch ukrainische Staatsbürger. Die Formulierung auf der Webseite, dass sie gegen ‚echte Ukrainer‘ ausgetauscht wurden, ist sehr ... nicht in Ordnung.“

Die Berichterstattung von CNN wurde von Victoria Butenko und Svitlana Vlasova unterstützt.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at